

*Berlin, 08. März 2024*

## Pressemitteilung zum Internationalen Frauentag am 8. März 2024

„Keine Sonderrechte, sondern Menschenrechte“ – Die Forderung von Clara Zetkin, der Initiatorin des ersten Internationalen Frauentags, ist leider nach 114 Jahren aktueller denn je. Sicher geglaubte Frauenrechte und feministische Errungenschaften werden in Zeiten von Militarisierung und internationalem Rechtsruck wieder infrage gestellt. Antifeministische Parteien und Narrative, die sexistisch und offen menschenfeindlich sind, werden mehrheitsfähig. Und das, obwohl auch im Jahr 2024 kein Land der Welt die Gleichstellung der Geschlechter verwirklicht hat. Trotz (oder gerade wegen) der Erfolge feministischer Kämpfe werden Frauen weiterhin täglich in ihren Menschenrechten verletzt und sind systematisch von geschlechtsspezifischer Gewalt betroffen. Allein in Deutschland wurden seit Anfang des Jahres 20 Frauen aufgrund ihres Geschlechts getötet.

Gleichzeitig existieren unzählige Initiativen, Organisationen und Einzelpersonen, die sich entschlossen und lautstark für eine Gesellschaft ohne Geschlechterdiskriminierung einsetzen. Insbesondere von Frauen und Feminist\*innen getragen machen sie auf Missstände aufmerksam, unterstützen Betroffene, fordern bestehende Verhältnisse heraus und stoßen auch in schwierigen Zeiten weltweit Veränderungsprozesse an.

Damit der Einsatz für Geschlechtergleichstellung erfolgreich sein kann, sind starke Bündnisse und Kooperationen essenziell. Bündnisse gegen geschlechtsspezifische Gewalt müssen deshalb gestärkt, ausgebaut und breit unterstützt werden. Nur durch das Zusammenwirken vieler Kräfte können wir (mehrfachdiskriminierte) Frauen vor Gewalt schützen und gewaltvolle Gesellschaftsstrukturen verändern. Nur als Gesellschaft können wir unsere Demokratie vor antifeministischen, rechtsextremen Angriffen verteidigen und allen Menschen in unserem Land ein gewaltfreies Leben ermöglichen.

Die Bundesarbeitsgemeinschaft Täterarbeit Häusliche Gewalt e.V. ist Mitglied interdisziplinärer Netzwerke gegen häusliche und geschlechtsspezifische Gewalt. Wir sind davon überzeugt, dass eine Gesellschaft ohne Geschlechterdiskriminierung nur möglich ist, wenn der Kampf für Geschlechtergleichstellung endlich als gesamtgesellschaftliche Aufgabe begriffen wird. Deshalb fordern wir zum Internationalen Frauentag, dass sich demokratische Parteien auch in Hinblick auf die EU-Parlamentswahlen entschieden gegen Gewalt an Frauen und Antifeminismus positionieren sowie geschlechtsspezifische Merkmale in künftigen Gesetzesvorhaben stärker berücksichtigen. Zivilgesellschaftliche Organisationen, die sich für die Rechte diskriminierter Menschen einsetzen, müssen ausreichend finanziert und in politische Entscheidungsprozesse einbezogen werden. Auf lokaler Ebene bedarf es zudem weiterer Ressourcen, um Kooperation und Vernetzung zwischen relevanten Akteur\*innen vor Ort sicherzustellen.

Für eine demokratische Gesellschaft, in der alle Menschen unabhängig ihres Geschlechts frei und sicher leben können!